

## LESERMEINUNGEN/FORUMSBEITRÄGE

## Spitalneubau

## Zum Neubau des Spitals

Zukunft: Setzt Ziele.  
Verhinderung: Sucht Gründe.

Walter Walser,  
Egertastrasse 4, Vaduz

## DU-Unwahrheiten sind eine Frechheit, Teil 2

Bushaltestelle beim Wille-Areal ist für viele ebenso ein grosses Thema, ernsthaft frage ich mich, wie viele öffentliche Gebäude in Liechtenstein wurden nicht ins liechtensteinische Verkehrsnetz integriert? Die Krankenkassenprämien werden nicht steigen aufgrund des Neubaus, für die Prämien sind andere Faktoren wichtig. Oder werden im Vergleich, wenn Migros eine Filiale eröffnet die Lebensmittel teurer? Eine Geburtenabteilung, die wir heute leider nicht mehr haben, könnte man auch wiedereröffnen. Diese Option besteht im Neubau. Das finde ich sehr positiv. Und immer wieder kommt die DU mit der Medicinova. Dies ist nicht vergleichbar. Medicinova war in privaten Händen. Nun Tatsachen sind, wir haben jetzt ein Pokerhaus. Definitiv ist das Landesspital auch keine Fortsetzung der Medicinova, denn das Landesspital gab es schon vorher. Mit dem Landesspital haben wir heute die Freiheit entscheiden zu dürfen, wo wir behandelt werden wollen. Wir haben heute die freie Wahl. Dies wäre ohne Landesspital nicht mehr so, denn dann gibt es nur noch die Option Ausland. Heute haben wir im Landesspital 40 stationäre Betten. Im Neubau würden es 43 sein. Es werden Einzelzimmer geplant. Mit der Möglichkeit, dass in jedem Zimmer noch ein Bett reingestellt werden könnte. Innerhalb kurzer Zeit könnte die Bettenzahl verdoppelt werden, sollte das Land mal vor einer Notsituation stehen. Ja zum Neubau, da wir sonst in 5-10 Jahren entscheiden müssen, Landesspital Ja oder Nein. Und in jedem Grundgesetz der umliegenden Länder steht, dass die eigenen Bürger zuerst behandelt werden, also wir sind dann Ausländer. Das Ausland macht dann die Preise und die Prämien werden dann definitiv in die Höhe schiessen. Und bei einem Grossereignis haben wir dann immer die Arschkarte.

Claudia Frommelt,  
Bühelstrasse 21 b, Triesenberg

## Überzeugtes Ja

Über dem Rhein kämpfen die Leute mit Vehemenz für ihre Regionalspitäler. Die Ärzte machen mit, indem sie ihre Patienten nach Möglichkeit in das naheliegende Spital überweisen. In unserem Land gibt es Gruppierungen, die eigentlich gar kein Spital wollen. Sie möchten die ganze Wertschöpfung ins Ausland verlegen. Das soll noch jemand verstehen. Ständig wird auch eine Konkurrenzstrategie verurteilt. In allen Bereichen des Lebens erhöht Konkurrenz die Qualität. Dem Spital Vaduz wird heute von allen Seiten, auch von den Gegnern, eine gute Qualität bestätigt. Genau diese Qualität müssen wir in der Zukunft erhalten oder noch verbessern. Zu einer guten Qualität gehört eben auch eine patienten-, besucher- und mitarbeiterfreundliche Infrastruktur. Das Spital Vaduz kann nur weiterbestehen, wenn es qualitativ mit den umliegenden Spitälern auf Augenhöhe ist. Wenn wir heute Nein zum Neubau sagen, befürchte ich, dass wir eines Tages in der Qualität nicht mehr mithalten können, die besten Mitarbeiter verlieren und dann bald gar kein Spital mehr haben. Auch in der Verfassung steht,

stellbar... Unternehmen ist davon überhaupt kein Vorwurf zu machen, handeln sie ja rechtskonform, heisst es in der Begründung. Allerdings könnte die Art der Rechnungslegung die Öffentlichkeit - allen voran die Politik - in die Irre führen und Ent-



Der FBP-Abgeordnete Eilfried Hasler. (Foto: Michael Zanghellini)

## Triesen setzt Regenwassergebühr ab der nächsten Rechnung auf null

**Abgeschafft** Die Triesener müssen für die missverständlich getaufte Regenwassergebühr ab dem nächsten Jahr nichts mehr bezahlen - auch wenn sie noch auf der Rechnung vermerkt ist.

VON DANIELA FRITZ

Irgendwohin muss der Regen ja - im Idealfall versickert er in der Erde. Schwierig wird es aber bei versiegelten Flächen wie etwa asphaltierten Auffahrten. Dann fliesst das Wasser in die während Regenfällen ohnehin schon belastete Kanalisation. Das

prinzip vor. Wer also beispielsweise viele betonierte Flächen hat, zahlt auch mehr. In einigen Gemeinden wird beispielsweise ab einer Fläche von 2000 Quadratmetern eine Gebühr fällig. Dies betrifft den Ottonormalverbraucher allerdings nicht. Anders als die Regenwassergebühr, welche Triesen 2013 als einzige Gemeinde einführt, um den Vorgaben des Gewässerschutzgesetzes nachzukommen.

**Stichentscheid war nötig**

Der Aufschrei war gross, der Gemeinderat hielt aber trotzdem am Beschluss fest. Doch schon im Vorfeld der Gemeindefürsorge zeigte sich, dass das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen ist. Jeder Kandidat

ein... Postula, der Verprüfte die Regierung, ob sich eine «Zeitvorsorge» in Liechtenstein lohnen würde. Also ein System, bei dem ehrenamtlichen Betreuungseinsatz durch rüstige Jungenskonisten mit Zeugnissen honoriert wird, mit denen später selbst entsprechende Dienstleistungen bezogen werden können (das «Volksblatt» berichtete). Am ersten Tag der Oktobersession wurde dem Landtag nun die Antwort der Regierung vorgelegt.

Eine landesweite und zentrale Zeitvorsorge ist nach Einschätzung der Regierung grundsätzlich möglich. Eine staatliche Lösung wie im Kanton St. Gallen erachtet sie jedoch nicht als zielführend. Vielmehr solle diese aus der Zivilgesellschaft entstehen und von ihr getragen werden. Beispielsweise in Form einer Genossenschaft, wie sie in verschiedenen Kantonen der Schweiz zum Einsatz kommt. Die Regierung schliesst jedoch nicht aus, sich später in Form einer Leistungsvereinbarung an den Verwaltungskosten eines solchen Projekts zu beteiligen.

er... nach würden bereits erste Schritte zur Umsetzung eines solchen Projektes ergriffen. Auch laut Mitpostulantin Violdana Lanter sei die Beantwortung für private Initiativen motivierend. Gleichzeitig zeigte sie sich von dem finanziellen Zugeständnis der Regierung überrascht. Ihr Parteikollege Christoph Wenawer mahnte ein, dass eine Leistungsvereinbarung nicht Voraussetzung sein dürfe und hier ein selbsttragendes System zu bevorzugen wäre.

**Keine staatliche Garantie**

FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry schlug dazu vor, dass auch Verwaltung und Administration über das Zeitzonnet vergütet werden. Dass der Verwaltungsaufwand gering gehalten werde, war auch Daniel Seger (FBP) ein Anliegen. Eine finanzielle Unterstützung für den Aufbau konnte aber auch er sich vorstellen. Gleichzeitig lehnte er wie viele Abgeordnete eine finanzielle staatliche Garantie wie jene in St. Gallen ab. Vielmehr kann sich Seger einen Ansatz wie in Vorarlberg («Zeitpolster») vorstellen, bei dem die Betreuten ei-

Schnittstelle für eine solche zentrale Zeitvorsorge sehen. Nämlich beim Seniorenbund und dessen Informations- und Beratungsstelle Alter, die mit freiwillig bereits reichlich Erfahrung besitzen und bereits vom Staat unterstützt werden. Dies unterstrich auch Georg Kaufmann (FL). Er gab jedoch zu bedenken, dass es zu Erfolg und Akzeptanz beitragen könnte, wenn in einem ersten Schritt im engeren und persönlicheren Umfeld - nämlich in den Gemeinden - gestartet werden würde. Gleichzeitig wies er auf die von der Stiftung Zukunft.li vorgebrachte Problematik einer starken Ökonomisierung der Freiwilligenarbeit durch eigennützige Anreize hin. Hier gab jedoch Gesundheitsminister Pedrazzini Entwarnung. Es könne nicht das Ziel sein, die Stunden zu zählen, in denen man sich einfach mit dem Nachbarn unterhält. Vielmehr gehe es darum, die Auswirkung des demografischen Wandels auf die Betreuungssituation abzufangen, in dem man den grösser werdenden Pool an jungen, aktiven Rentnern für Freiwilligenarbeit anreizt.



Die Regenwassergebühr kostet ab nächstem Jahr 0.00 Franken. (Foto: Shutterstock)

Die Erhebung der Gebühr in der alleinigen Kompetenz der Gemeinden delegierte, wird Triesen fortan auf eine weitere Erhebung der Gebühr verzichten», teilte die Gemeinde gestern mit. In der Praxis wird die Gebühr an-

nung im Frühjahr 2020 zwar inhaltlich vermerkt bleiben, die Einwohner mit null Rappen aber nicht mehr belasten. Das geltende Reglement bleibt inhaltlich also bestehen, nur die Regenwassergebühr wird nicht mehr in Rechnung gestellt, betonte

So berichtete das «Volksblatt» am 3. Oktober dieses Jahres in Sachen Regenwassergebühr.

dass der Staat für das öffentliche Gesundheitswesen zu sorgen hat. Kein Spital ist für das Land die teuerste Variante. Wir zahlen dann nicht nur Investitionskosten pro Fall in die Schweiz, sondern auch einen grösseren Betrag an die Betriebskosten der Vertragsspitäler. Wir sind ein reiches Land und können das Spital mit einem einzigen Jahresgewinn bar bezahlen. Fünf oder sechs Millionen Defizit pro Jahr kann das Land locker tragen. Gesundheit darf uns noch mehr als andere Bereiche etwas kosten. Freie Liste und DU kämpfen beide gegen ein neues Landesspital. Die Gründe, die sie anführen, sind in keiner Weise überzeugend. Vielleicht haben sie ja noch andere Gründe, die sie nicht nennen möchten. Vielleicht wird ja ein neues Spital für bestimmte Leute als Konkurrenz gesehen? Ich wünsche mir, dass ich auch in Zukunft im eigenen Land qualitativ gut behandelt werden kann, dass die Notfälle schnell im Spital sind (Wille-Areal als idealer Standort) und zu jeder Tag- und Nachtzeit kompetent betreut werden und dass Kinder wieder in Liechtenstein zur Welt kommen können. Dass der neue Spitalstandort an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden wird, ist selbstverständlich und muss nicht extra erwähnt werden. Ich hoffe, dass jetzt alle zukunftsorientierten Leute zusammenstehen und den Neinsagergruppen die Stirn bieten. Ich lege darum aus obigen und vielen anderen Gründen ein überzeugtes Ja in die Urne.

William Gerner,  
Quellenstrasse 8, Eschen

Öffentlicher Verkehr  
Stellungnahme der LIEmobil zu Busspuren und Bushaltebuchten

In den letzten Wochen wurde der Verwaltungsrat (VR) der LIEmobil von verschiedener Seite für seine Haltung zu Busspuren und Busbuchten kritisiert. Vorab stellen wir klar, dass der VR der LIEmobil sich seit Jahren vehement für Busspuren entlang den Landstrassen einsetzt und bei allen Bauvorhaben Busspuren fordert. Damit könnte erreicht werden, dass der öffentliche Verkehr und auch Radfahrer nicht durch den Individualverkehr behindert werden. Leider wurden unsere Forderungen entlang der Hauptachsen in Schaan (Land-

strasse nach Feldkirch) und Eschen (Essanestrasse) nicht akzeptiert und auch in Vaduz war es ein langer Weg, bis die Gemeinde und das Amt für Bau- und Infrastruktur (ABI) die Busspur von der Linde bis zur Post Vaduz endlich akzeptierten. In den letzten Monaten ging es konkret darum, eine neue Busspur in Schaan im Bereich zwischen St. Peter bis LKW zu realisieren. Statt des Rückbaus der zwei Fahrspuren der Landstrasse wäre es aus Sicht der LIEmobil wichtig gewesen, eine Fahrspur als Busspur umzunutzen. Damit hätte einer der am meisten stauempfindlichen Streckenschnitte entschärft werden können. Für die LIEmobil wäre das ein enormer Fortschritt auf der Hauptachse nach Feldkirch gewesen. Viele Verspätungen, vor allem zu den Hauptverkehrszeiten, hätten verhindert oder zumindest wesentlich abgeschwächt werden können. Der VCL und die Gemeinde Schaan haben sich ausdrücklich gegen eine solche Busspur ausgesprochen, letztere mit der Begründung, dass der Richtplan keine solche vorsehe und die Busspurdiskussion vor 40 Jahren schlichtweg verpasst worden sei. Aus Sicht der LIEmobil wäre eine Realisierung sehr wohl möglich gewesen, wenn der entsprechende Wille seitens der involvierten Parteien vorhanden gewesen wäre. Gerade wenn man eine Strasse neu baut, sollten Busspuren immer ein Thema sein.

Der VR der LIEmobil ist nach wie vor der Meinung, dass der Bau dieser Busspur sowohl für den ÖV und somit schlussendlich für die Busfahrer als auch für die Gemeinde Schaan ein grosser Vorteil gewesen wäre. Die zweite Kritik an der LIEmobil richtet sich gegen die neue Bushaltebuchten entlang der Schaaner Postgasse in Richtung Vaduz. Hinsichtlich der Bushaltebuchten entlang der Schaaner Poststrasse wurde der Vorsteher von Schaan anlässlich eines Zeitungsberichtes dahingehend wiedergegeben, dass er sich gegen Busbuchten im Schaaner Zentrum ausgesprochen, jedoch den Kampf gegen den Verwaltungsrat der LIEmobil verloren habe. Die LIEmobil wollte die zwei im Richtplan entlang der neuen Poststrasse vorgesehenen Bushaltestellen zu einer einzigen reduzieren, diese jedoch besser platzieren. Dies wurde abgelehnt mit der Begründung, dass es nicht möglich sei. Aus diesem Grund müssen langfristig leider wieder zwei Haltestellen errichtet werden. Die nun kritisierte Haltestelle ist und war seit Jahren ausserdem auch im Richtplan der Gemeinde Schaan als Haltebuch-

vorgesehen. Die LIEmobil hat daher, entsprechend dem Schaaner Richtplan, den Bau der Busbuchten gefordert. Die Haltestelle bei den LKW bzw. der ehemaligen LLB, war übrigens schon vorher eine Busbuchten! In Schaan hätte es ansonsten Richtung Vaduz keine einzige Busbuchten mehr gegeben - und das in beiden Fahrrichtungen! Damit ist niemandem gedient und der Verkehrsfluss wird völlig unnötig behindert, ohne dass der ÖV einen Vorteil daraus erzielen könnte. Der VR spricht sich dafür aus, dass sich Busbuchten und Fahrbahnhaltestellen möglichst abwechseln sollten. Zudem hat die Regierung 2014 entschieden, dass keine weiteren Busbuchten aufgelöst und durch Fahrbahnhaltestellen ersetzt werden dürfen. Dies war die Folge, weil zuvor viele Jahre lang die bestehenden Busbuchten zu Haltestellen auf der Strasse umgebaut wurden. Der Verwaltungsrat der LIEmobil vertritt klare Grundsätze und setzt sich seit Jahren für jede sinnvolle Massnahme zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ein, aber nicht dafür, den Verkehrsfluss ohne Not zu bremsen, weil das letztlich auch für den öffentlichen Verkehr zu Nachteilen führt.

Der Verwaltungsrat der LIEmobil  
Gerhard Häring, Karlheinz Ospelt,  
Johanna Noser, Claudio Frick,  
Piotr Caviezel

Regenwassergebühr  
Gesunder Menschenverstand

Erstaunliche Argumente für die Beibehaltung der Regenwassergebühr in Triesen der Gemeinderäte; Egbert Sprenger FBP, Nicole Felix, Nicole Schurte FBP, Dominik Banzer FBP und Eva Johann-Heidegger VU. Dank dem Stichentscheid der Vorsteherin und dank dem gesunden Menschenverstand der restlichen Räte ist die Aufhebung dieser unsäglichen und gerechten Gebühr gelungen.

Markus Sprenger,  
Rheinau 16, Triesen

Frauenanteil  
Zeit für «Halbe Halbe» in der Schweiz und in Liechtenstein

Der Frauenanteil im neu gewählten schweizerischen Nationalrat liegt

auf rekordhohen 42,5 Prozent. Damit nimmt die Schweiz europaweit einen Spitzenplatz ein. Wir freuen uns riesig über den Erfolg der Schweizerinnen, denn es ist ein Erfolg über alle Parteigrenzen hinweg. Für die Diskussion in Liechtenstein über eine ausgewogene Vertretung in politischen Gremien ist es von Interesse, wie es zu diesem Erfolg gekommen ist. Die Wahlsendungen und Wahlanalysen zeigen auf: Der Grund, warum die letzte Nationalratswahl auch zur «Frauenwahl» wurde, liegt am grossen Engagement verschiedener Akteurinnen und Akteure. Mit grossem Idealismus und Einsatz gelang es «alliance F», dem Bund schweizerischer Frauenorganisationen, mit ihrem Projekt «Helvetia ruft», und der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) mit dem Wahlauftrag «Zeit für Halbe Halbe», einerseits die Bevölkerung zu sensibilisieren und andererseits mehr Frauen für eine Kandidatur zu mobilisieren. Auf den Wahllisten fanden sich heuer insgesamt rund 40 Prozent Frauen.

Aber ist die Anzahl Frauen auf den Wahllisten schon ausreichend? Wenn ja, dann müsste dies auch auf Liechtenstein zutreffen! Aber im Gegenteil, bei uns sank der Frauenanteil im Landtag 2017 auf 12 Prozent, obwohl sich annähernd gleich viele Frauen wie vier Jahre zuvor zur Wahl gestellt hatten, nämlich rund 26 Prozent. Auch bei den Gemeinderatswahlen ist es nicht so, dass sich die Frauen- und Männeranteile auf den Wahllisten automatisch im Wahlergebnis abbilden. 2015 wiesen beispielsweise die Wahllisten einen Frauenanteil von einem Drittel auf, gewählt wurden aber nur rund 17 Prozent Frauen. Fakt ist: Genauso wichtig sind andere Faktoren wie Sensibilisierung und Rahmenbedingungen. Die letzten Gemeinderatswahlen waren diesbezüglich ein Neubeginn: Nach einer langen und intensiven Kampagne des Vereins Hoi Quote, der überparteilichen Zusammenarbeit der Frauen in den Parteien und der Arbeit des Frauennetzes mit ihrem neuen Projekt «Vielfalt in der Politik» (das, wie allgemein bekannt, deckungsgleiche Ziele verfolgt wie «Helvetia ruft»), konnten die Frauen bei den letzten Gemeinderatswahlen erstmals einen deutlich höheren Anteil der Mandate erringen. Wie bereits 2005 und 2009, als dank der Arbeit der Stabsstelle für Chancengleichheit, der Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann und dem Frauennetz 23 bzw. 25 Prozent unserer Landtagsabgeordneten weiblich waren. Auch in Liechtenstein sind Frauenorganisationen, Politikerinnen sowie weitere Personengruppen in gemeinsamer und überparteilicher Arbeit bestrebt, Frauen für eine Kandidatur zu motivieren. Auch unser Initiativkomitee ist überparteilich, uns eint die Überzeugung, dass es in Liechtenstein einen Auftrag an die Politik braucht, sich für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien einzusetzen, damit das grosse Engagement vieler auch längerfristig erfolgreich sein wird.

Initiativkomitee «HalbeHalbe»

In eigener Sache  
Hinweis zu Leserbriefen und Foren

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe»/«Forumsbeiträge» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten. Die Redaktion behält es sich Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis 16 Uhr zukommen zu lassen.

redaktion@volksblatt.li

www.volksblatt.li